

Rechte statt Almosen!

Doña-Carmen-Report zu fragwürdigen Corona-Hilfsfonds für Sexarbeiter*innen

TEIL I: Abolitionistische Prostitutionsgegner*innen

Im Zusammenhang der Corona-bedingten Schließung von Prostitutionsstätten sind von verschiedenen Seiten „Nothilfe-Fonds“ speziell für Sexarbeiter/innen gefordert bzw. ins Leben gerufen worden. Was auf den ersten Blick den Anschein einer Parteinahme und selbstlosen Hilfe für die „Ärmsten der Armen“ hat, ist bei näherem Hinsehen mit ausgesprochen fragwürdigen Botschaften verbunden, die den Interessen der Betroffenen direkt zuwiderlaufen.

*In aller Regel initiieren Deutsche diese „Hilfen“ und sie glänzen dabei als mildtätige Kümmerer. Migrantische Sexarbeiter*innen dagegen, die eigentlichen Adressaten dieser Hilfsaktionen, erscheinen in zweifelhaftem Licht. Allenthalben bedient man sich des fragwürdigen Konstrukts der „Armutspstitution“. Dieser Kampfbegriff zum Zwecke der Stigmatisierung von Sexarbeit, erfährt zurzeit ungeahnte Konjunktur.*

An der Stigmatisierung migrantischer Sexarbeiter/innen unter dem Mantel der „Hilfe in Not“ beteiligen sich an vorderster Front eine Handvoll Hardcore-Abolitionisten, die christliche Diakonie und der Berufsverband sexuelle und erotische Dienstleistungen (BesD). Wir werfen nachfolgend einen Blick auf verschiedene, miteinander konkurrierende „Hilfsfonds“ für Sexarbeiter/innen und ihre politisch-ideologische Einbettung.

TEIL I:

Abolitionistische Prostitutionsgegner*innen

(Ella, Sisters e.V., Neustart e.V., Terre des Femmes)

Am 13. März 2020 forderte die Abolitionistin Huschke Mau von der Vereinigung „Ella“ auf ihrem Blog **„einen Fonds zum Auszahlen von Bargeld (,Notfallgeld‘, ,Handgeld‘)“** speziell für Sexarbeiter/innen.¹ Sie verfolgte damit ein klares Ziel, dass über die Corona-Bedrohung hinausgeht: Nur eine solche finanzielle Absicherung könne gewährleisten, dass Sexarbeiter/innen von der Prostitution lassen und „pausieren“.

Während Mau noch am 13.03.2020 gegen das von der Stadt Stuttgart ausgesprochene Prostitutionsverbot protestierte, weil es die Betroffenen ins Elend treibe, begrüßte sie zwei Tage später in einer gemeinsamen Erklärung mit den Prostitutionsgegnern von Sisters e.V. und dem Berliner Christen-Verein Neustart e.V. die Schließung der Prostitutionsstätten in Berlin: **„Diese Maßnahme ist zu begrüßen, da sie eine vulnerable Gruppe – Frauen in der Prostitution – schützt und sie vor Ansteckungen bewahrt.“**²

¹ Corona und Prostitution, 13.03.2020, <https://huschkemau.de/>

² Stellungnahme zur Schließung aller Prostitutionsstätten in Berlin im Zuge der Corona-Pandemie, 15.03.2020, <https://de-de.facebook.com/NetzwerkElla/>

Mau porträtiert sämtliche Frauen in der Prostitution als „**vulnerable Gruppe**“ und stellt sie mit anderen vulnerablen Gruppen wie „**Ältere, Menschen mit Immunschwäche, Krebs, anderen Vorerkrankungen**“ auf eine Stufe. „*Es gilt jetzt solidarisch zu sein, solidarisch vor allem mit vulnerablen Gruppen*“³. Denn „*wie fast überall*“ bestehe Prostitution „*zu 80 bis 90% aus Zwangs- und Armutsprostituierten aus Südosteuropa.*“⁴

Um dieses Bild der „**Armutsprostitution**“ zu unterfüttern, erwies sich der am 15.03.2020 erfolgte Schulterchluss zwischen Sisters e.V., Ella und dem Verein Neustart e. V. in Berlin als nützlich. Denn damit ließ sich auf das Elend der Drogenprostitution fokussieren, da Neustart e.V. Frauen betreut, die auf dem von den Medien immer wieder in Szene gesetzten Vorzeige-Skandal-Straßenstrich an der Berliner Kurfürstenstraße anschaffen. In einer gemeinsamen Stellungnahme erklärte man:

*„Die prostituierten Frauen in Berlin kommen mehrheitlich aus den **Armenhäusern** der Europäischen Union, insbesondere aus Bulgarien, Ungarn und Rumänien. Sie haben **keinen Anspruch auf Hartz-IV** oder andere Hilfen. Sie leben überwiegend in den Bordellen und sind **oft auch obdachlos**. Viele haben **keine Krankenversicherung**. Immer mehr **konsumieren illegale Drogen**, um die Situation in der Prostitution durchstehen zu können. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Frauen weiter der Prostitution nachgehen, weil sie **keine andere Wahl** haben oder weil sie dazu gedrängt werden, ist groß. Auch **Freier** werden nicht von ihren **risikobehafteten Praktiken** lassen und die **Notlage dieser Frauen ausnutzen.**“⁵*

Vor diesem Hintergrund lassen sich die besonderen Problemlagen von Sexarbeiter/innen in Zeiten von Corona als eine Art humanitärer „**Katastrophe**“ darstellen. Die zitierte Passage beinhaltet tragende Elemente der Ideologie der „Armutsprostitution“.

Kritik am Konzept ‚Armutsprostitution‘

Die wichtigste Funktion des Konzepts „Armutsprostitution“ besteht darin, das vermeintlich in jedem Segment der Prostitution vorfindliche Elend in den schillerndsten Farben darzustellen. Das begründet den Reiz dieses Konzepts für Abolitionisten jeglicher Couleur.

Man knüpft dabei an reale, erfahrbare Bezugspunkte an wie etwa den relativ hohen Anteil migrantischer Sexarbeiter/innen aus ärmeren Ländern Südosteuropas, an deren hohe Mobilität und den damit vielfach verbundenen Anteil prekärer Beschäftigung ohne ausreichenden Sozialversicherungsschutz. Diese Anknüpfungspunkte dienen jedoch nicht etwa dazu, Missstände im Prostitutionsgewerbe anzugehen, sondern im Schulterchluss mit christlichen Prostitutionsgegnern Prostitution als Ganzes zu beseitigen.

Im Zentrum steht dabei eine Legendenbildung in Bezug auf Prostitution, die auf Biegen und Brechen das Opfer-Klischee bedient. In der Praxis wendet sich das in rassistischer Manier gegen Migrantinnen, die dazu motiviert werden, die Heimreise anzutreten und Deutschland schnellstmöglich zu verlassen. So verkommt die Thematisierung von Armut und prekärer Beschäftigung zu einem reaktionären und rassistischen ideologischen Konstrukt.

3 vgl. Corona und Prostitution, 13.03.2020, <https://huschkemau.de/>

4 ebenda

5 <https://de-de.facebook.com/NetzwerkElla/>, 15.03.2020

Thematisiert werden vom Konzept „Armutspstitution“ nicht etwa Armutsrisiken in der Prostitution – was legitim wäre –, sondern Prostitution selbst gilt als Armutsrisiko. Armut resultiert aber niemals aus einer spezifischen Tätigkeit. Dies zu suggerieren, ist primitive Bauernfängerei.

Bekanntlich spricht niemand von einem „**Armutsbau**gewerbe“, von „**Armutsgastronomie**“ oder von „**Armutstreinigungsdiensten**“, wenngleich doch auch in diesen Bereichen der Wirtschaft viele dem Niedriglohnsektor zuzuordnende Tätigkeiten vorzufinden sind, die reichlich Armutsrisiken beinhalten. Niemand fordert deshalb die Abschaffung des Baugewerbes oder der Gastronomie. Diese auch Abolitionisten zugängliche Einsicht hindert sie freilich nicht, ausschließlich im Falle von Prostitution das Wortgebilde „**Armutspstitution**“ zu erfinden. Es handelt sich mithin um eine rhetorische Finte, die hochgradig antiaufklärerisch ist und erkennbar darauf zielt, Ressentiments gegenüber Sexarbeit zu bedienen. Nicht Armut soll bekämpft werden, sondern Prostitution unter dem Vorwand der Armutsbekämpfung.

Armut ist keineswegs Ausdruck oder Folge einer bestimmten Betätigung, sondern stets Folge spezifisch gesellschaftlicher Bedingungen, in deren Rahmen unterschiedlichste berufliche Betätigungen stattfinden. Armut erweist sich heutzutage als notwendiger Kollateralschaden eines auf privatkapitalistischer Verfügung von Produktionsmitteln basierenden Gesellschaftssystems. Hat man jemals vernommen, dass sich Prostitutions-Abolitionisten in besonderer Weise als Kapitalismus-Abolitionisten hervorgetan haben? Wohl kaum.

Verbürgt ist aber, dass Prostitutions-Abolitionisten zur Dramatisierung der von ihnen abgelehnten Prostitution neigen und zu diesem Zweck weitere Wortschöpfungen in die Welt setzen. Dazu gehört die Formulierung der „**Zwangs- und Armutspstitution**“, die Lieschen Müller einen kalten Schauer den Rücken runterlaufen lassen soll.

Statt Angst und Schrecken zu verbreiten, belegt dieses begriffliche Monster aber vielmehr die Existenz eines abolitionistischen Zirkelschlusses, der zeigt, wie sehr die Abolitionisten mit ihrer Argumentation in der Bredouille sind.

Die begriffliche Verschränkung von „Zwangs-“ und „Armutspstitution“ verdeutlicht, dass man der wenig greifbaren, allenthalben flüchtigen „Zwangsprostitution“ offenbar nur noch dadurch habhaft zu werden vermag, dass man die (nicht nur in der Prostitution) existierende Herkunft von Frauen aus ärmeren Verhältnissen ersatzweise als Indiz für das Vorliegen und Wirken eines strukturellen Zwangs interpretiert.

Andererseits verdeutlicht die begriffliche Verschränkung von „Zwangs-“ und „Armutspstitution“, dass Abolitionisten ihren Glauben an eine notwendige, strukturelle Einheit von Armut und Prostitution nur darüber meinen belegen zu können, dass stets ein von Dritten ausgeübter personaler Zwang unterstellt wird. So hat momentan die verstaubte „Zuhälter“-Hypothese in abolitionistischen Kreisen wieder Hochkonjunktur, obwohl sie durch die offizielle Kriminalstatistik nicht im Geringsten Bestätigung findet.

Doch die abolitionistische Sicht auf Prostitution, wonach wechselweise Armut auf Zwang und gleichzeitig Zwang auf Armut basieren soll, verdeutlicht den offenkundigen Zirkelschluss und die gänzliche Hohlheit abolitionistischer Argumentation. Um von deren Inkonsistenz abzulenken, nimmt man Zuflucht zu skandalisierbaren randständigen Erscheinungsformen von Prostitution. Dazu gehört insbesondere die Beschaffungsprostitution auf dem Straßenstrich.

Naive Gemüter mögen sich damit abspesen lassen und sich damit begnügen, dass ihnen statt eines Belegs für die angebliche Identität von Prostitution und Armut als Lückenbüßer nur das Elend der Beschaffungsprostitution geboten wird.

Sie sollten aber bedenken, dass dabei stets zweierlei ausgeblendet wird:

(1) Straßenprostitution ist in der heutigen Prostitutionslandschaft hierzulande quantitativ und qualitativ ein in keiner Weise repräsentativer Randbereich und (2) Beschaffungsprostitution steht dort wiederum nur für einen kleinen Ausschnitt des Geschehens. Unterschlagen wird regelmäßig, dass die nur auf dem Straßenstrich vorfindliche Beschaffungsprostitution das genaue Gegenteil professioneller Prostitutionsausübung ist. Hier ist Prostitution lediglich die äußere Form, um ein krankhaftes Suchtverhalten zu finanzieren. Prostitution könnte genauso gut durch Diebstahl als Einkommensquelle ersetzt werden, was ja auch häufig genug geschieht.

Die Fokussierung auf randständige, skandalisierbare Erscheinungsformen von Handlungen mit Bezug zur Prostitution wird von Abolitionisten instrumentalisiert, um nach dem Motto „pars pro toto“ die dortigen Verhältnisse auf professionelle Prostitution als Ganzes zu übertragen, um sie auf diese Weise maximal in Misskredit zu bringen.

Wer sich, um der Armut in seinem Herkunftsland zu entgehen, in die vermeintlich von Zwang geprägten Verhältnisse der Prostitution hierzulande begibt, ohne glaubwürdig Anstalten zu machen, daraus auszubrechen, stellt für Abolitionisten unter Beweis, dass sie/er zur Selbstbestimmung nicht willens oder in der Lage ist. Sexarbeiter/innen gelten ihnen als Gefangene der Umstände, weshalb sie angeblich „keine Wahl“ und angeblich „keine Alternativen“ hätten, die es ihnen erlauben würden, sich gegen Prostitution zu entscheiden. Aus abolitionistischer Sicht befinden sich Sexarbeiter/innen daher mehrheitlich in einer Situation selbst verschuldeter Unmündigkeit.

Die Unterstellung dieser Unmündigkeit ist eine für Abolitionisten bequeme und komfortable Wahrnehmung. Erlaubt sie ihnen doch, Sexarbeiter/innen an und für sich als „vulnerable Gruppe“ zu klassifizieren, deren Angehörige mal als „hilflos“, mal als „psychisch labil“ oder aber als „uneinsichtig“ eingestuft werden. Was der Öffentlichkeit als Empathie gegenüber den „Ärmsten der Armen“ präsentiert und angedient wird, erweist sich bei Licht betrachtet als übergriffiger Paternalismus. Gegenüber Migrantinnen, die immerhin rund 80 % der Sexarbeiter/innen hierzulande ausmachen, entpuppt sich dieser Paternalismus als lupenreiner Rassismus, der sich nicht zuletzt darin äußert, dass Prostitutionsmigrantinnen die Rückkehr in ihre Herkunftsländer nahegelegt und insbesondere zu diesem Zweck Hilfe angeboten wird.

All diese Essentials der Ideologie von „Zwangs- und Armutsprostitution“ finden sich wieder in den oben zitierten Verlautbarungen des Abolitionisten-Kartells von Ella, Sisters, Neustart und Terre des Femmes.

Corona, Bordell-Schließungen und die „Obdachlosigkeit“ von Prostituierten

Die mit Corona-Bekämpfung legitimierte bundesweite Schließung von Prostitutionsstätten lieferte den Abolitionisten einige Anknüpfungspunkte, um das Konstrukt der „Zwangs- und Armutsprostitution“ mit weiteren Halbwahrheiten anzureichern. Einen wichtigen Stellenwert hat in diesem Zusammenhang der Verweis auf die angebliche „Obdachlosigkeit“, die die

„Armutprostituierter“ in den Bordellen mit deren Schließung nunmehr ereilt habe, da sie allesamt zuvor in den Bordellen genächtigt hätten.

Wer wie Doña Carmen e.V. Beratungsarbeit mit migrantischen Frauen in der Prostitution macht, weiß, dass es sich hierbei aus verschiedenen Gründen um eine bewusst verzerrte Darstellung der Tatsachen handelt. Die große Masse der regulär in den Bordellen tätigen Frauen buchte in den zwei Wochen vor den offiziellen Bordellschließungen dort gar keine Zimmer mehr, da wegen des Ausbleibens Corona-geängstigter Prostitutionskunden dort immer weniger zu verdienen war. Dies betraf deutsche als auch migrantische Frauen, die hierzulande ihren Lebensmittelpunkt und ihre Wohnung haben. Es betraf aber auch die hochmobilen Frauen aus den südosteuropäischen Ländern, die zum allergrößten Teil längst in ihre Herkunftsländer zurückgereist waren.

Nur ein geringer Teil von ihnen blieb bis zuletzt und erregte unfreiwillig mediale Aufmerksamkeit, als einige von ihnen angesichts mittlerweile weitgehend geschlossener Grenzen angeblich dort „strandeten“ und von der Diakonie öffentlichkeitswirksam in Obhut genommen wurden. Der größte Teil der hier gebliebenen mobilen Sexarbeiter/innen aus Südosteuropa fand jedoch Wohngelegenheiten in ihrer ethnischen Community und bei Bekannten.

Das ist auch leicht erklärlich. Denn in Deutschland leben zurzeit insgesamt rund 696.000 Rumänen⁶, die Zahl der hierzulande lebenden Bulgaren wird gegenwärtig auf etwa 90.000 geschätzt. Demgegenüber machen laut Angaben des Bundesamts für Statistik die Rumäninnen 35 % und die Bulgarinnen etwa 10 % aller in Deutschland registrierten Sexarbeiter/innen aus.⁷ Bezogen auf die insgesamt rund 90.000 in Deutschland tätigen Sexarbeiter/innen⁸ wären damit ca. 32.000 Frauen rumänischer und 9.000 Frauen bulgarischer Nationalität hierzulande in der Prostitution aktiv.

Einige der (nicht nur) südosteuropäischen Frauen werden von Bordellbetreiber/innen durch kostenlose Überlassung der nunmehr leeren Räumlichkeiten in ihren Häusern unterstützt. Unter den mehreren hundert Beratungsgesprächen, die Doña Carmen e.V. allein in den ersten Wochen nach dem Shutdown online und telefonisch geführt hatte, fanden sich keine Anfragen, die auf Obdachlosigkeit schließen ließen, wohl aber Anfragen, die von großer Verunsicherung und dem Bedarf an finanzieller Unterstützung zur Überbrückung von Nicht-Beschäftigung zeugten.

Die Abolitionisten hingegen bemühen sich nach Kräften, die Öffentlichkeit an der Nase herumzuführen und sprachen von einer „**sozialen Katastrophe für die betroffenen Frauen**“.⁹ Denn:

„Die meisten Frauen leben nur von dem Geld, das sie am selben Tag verdienen. Sie haben meist keinerlei Ersparnisse und oft keinen festen Wohnort. Viele leben in den Bordellen und Wohnungen, in denen sie anschaffen. Durch die Schließung verlieren die Frauen nicht nur

6 vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/530434/umfrage/auslaender-aus-rumaenien-in-deutschland/>

7 Vgl. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/11/PD19_451_228.html

8 Vgl. <https://www.donacarmen.de/wp-content/uploads/90.000-Sexarbeiterinnen-in-Deutschland-DEF.pdf>

9 <https://de-de.facebook.com/NetzwerkElla/>, 19.03.2020

über Nacht ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage, sondern werden auch **obdachlos**.¹⁰ „Wer sorgt dafür, dass sie jetzt nicht **obdachlos** werden oder **verhungern**?“, schrieb Mau.¹¹

Die Aussagen der Abolitionisten sind wie immer – so auch hier – ein Gemisch aus Halbwahrheiten und Lügen. Prostitution ist an und für sich ein hochmobiles Gewerbe. Frauen, die hier im Kontext von Pendlermigration der Prostitution nachgehen, haben beileibe nicht das Interesse, sich hier auf dem selbst für viele Deutsche kaum bezahlbaren Wohnungsmarkt für begrenzte Zeit Wohnraum anzumieten und sich damit Kosten ans Bein zu binden. Vielmehr geht es den Frauen darum, binnen kürzester Zeit möglichst viel Geld zu verdienen, um sich damit eine auskömmliche Existenzgrundlage in ihren Herkunftsländern zu finanzieren. Insofern ist dem Prostitutionsgewerbe grundsätzlich und nicht erst seit den Zeiten von Corona ein gewisses Maß an Wohnungslosigkeit grundsätzlich eigen.

Migrantische Sexarbeiter/innen, die in von Bordellbetreiber/innen gestellten Unterkünften oder angemieteten Pensionen übernachten oder bei Bekannten untergekommen sind, würde man zumindest nach der Definition der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) als „wohnungslos“, keinesfalls aber als „obdachlos“ bezeichnen können.

Obdachlose, die im öffentlichen Raum, im Freien oder in Notunterkünften übernachten, machen stets nur einen Bruchteil der Wohnungslosen aus.¹² Die von den Abolitionisten gegenüber den Sexarbeiter/innen vorgenommene, interessierte Zuschreibung von „Obdachlosigkeit“ entspricht weder im Allgemeinen noch in der konkreten Situation des Corona-Regimes den realen Verhältnissen. Sie verfolgt allein das Ziel, die allenthalben unterstellte „Armutprostitution“ noch zusätzlich mit der allgemein als Makel empfundenen Obdachlosigkeit zu verbinden. So lässt sich die Stigmatisierung der in der Prostitution tätigen Sexarbeiter/innen noch weiter anheizen.

Konsequenterweise fordern Abolitionistinnen wie Frau Mau **„das Aufstellen von Containern zum Wohnen für Frauen“** aus der Prostitution, einen Notfonds zum Auszahlen von **„Handgeld“**, die **„Ausgabe von Lebensmitteln und Bekleidung“** und **„Hygienemitteln“** sowie eine kostenlose medizinische Versorgung, **„insbesondere Möglichkeiten einer ärztlich betreuten Entzugsbehandlung“**.¹³

Die Absicht ist unverkennbar: Professionelle Sexarbeiter/innen werden hingestellt, als seien sie in der Gosse gelandete Drogenabhängige. **„Viele sind auf der Straße, schlafen in Parks, haben keinen Zugang zu sanitären Anlagen und einem sicheren Raum. So sind sie noch mehr Gefahren als eh schon ausgesetzt.“**¹⁴ **„Wir machen uns aber Sorgen über die Lebenssituation von Tausenden von Frauen, die schon jetzt mehr oder weniger auf der Straße leben bzw. durch die Bordell-Schließungen nicht wissen, wie sie nun ihren Lebensunterhalt bestreiten und wo sie nachts schlafen können“**, heißt es im gemeinsamen Aufruf des Abolitionisten-Kartells.¹⁵ Ausgebeutet von Bordellbetreibenden, Zuhältern und

10 ebenda

11 Corona und Prostitution, 13.03.2020, <https://huschkemau.de/>

12 In Deutschland wurde die Zahl der Obdachlosen für 2017 auf 48.000 geschätzt, die Zahl der Wohnungslosen für 2018 hingegen wurde mit 678.000 beziffert. Wobei die jüngste Zählung von 2.000 Obdachlosen in Berlin noch einmal zeigt, dass deren zuvor auf 6.000 bis 10.000 geschätzte Zahl viel zu hoch gegriffen war.

13 <https://de-de.facebook.com/NetzwerkElla/>, 15.03.2020

14 <https://de-de.facebook.com/NetzwerkElla/>, 14.04.2020

15 <https://de-de.facebook.com/NetzwerkElla/>, 23.03.2020

neuerdings auch „**Drogendealern**“ befänden sich viele Frauen aktuell in einem „**Überlebenskampf**“, weshalb es Hilfsprogramme bedarf, „**die auf diese von Armut und Obdachlosigkeit geprägten Frauen zugeschnitten sind**“.¹⁶

Am liebsten hätte man wohl große Suppenküchen für Tausende von obdachlosen Prostituierten eingerichtet, um damit das von den Abolitionisten herbeigesehnte Elend in der Prostitution den Medien öffentlichkeitswirksam vorführen zu können. Was wäre das für ein schlagender Beleg für die Berechtigung der abolitionistischen Forderungen nach einem staatlich unterstützten Ausstieg aus der Prostitution gewesen! Was wäre das für ein Beleg für die Notwendigkeit einer „**strafrechtlichen Verfolgung von Sexkäufern und BetreiberInnen, die sich über das gesetzliche Gebot der Schließung von Prostitutionsstätten hinwegsetzen**“.¹⁷ Doch dazu kam es nirgends.

Die „Nothilfefonds“ der Abolitionisten

Immerhin verständigten sich Sisters, Ella und Neustart e.V. am 23.03.2020 auf die Einrichtung eines „Notfonds“, der bislang 8.900 € einbrachte.¹⁸ Dabei geht es jedoch weniger um „Nothilfe“, als vielmehr um die strategische Zielsetzung der Abolitionisten, die auf die aktuelle Situation draufgesattelt wird. So heißt es begleitend zu ihrem Aufruf:

*„Für manche Frauen ist die aktuelle Krise der entscheidende Anstoß für einen Perspektivwechsel. In den letzten Tagen kamen einige Frauen auf uns zu mit der Bitte, ihnen **beim Ausstieg aus der Prostitution zu helfen** oder den schon begonnenen Ausstieg sicher zu stellen. Wir unterstützen, beraten und begleiten sie in diesem Prozess. Wo nötig, übernehmen wir Kosten, damit der Ausstieg gelingen kann.“*

Der Abolitionisten-Verein Sisters e.V. richtete für Stuttgart einen speziellen „**Hilfsfond für Armutsprostituierte**“ ein. Entsprechend verbreitet er gezielt die Ideologie der Armutsprostitution:

*„Diese Frauen, und auch die überwiegende Mehrheit der deutschen Frauen in der Prostitution, schaffen aus **Zwang und Armut** heraus an. **Wenn sie heute nicht anschaffen, haben sie morgen kein Geld, nichts zu essen – und nichts zu wohnen.** Um diesen Frauen zu helfen, haben wir diesen Fond eingerichtet.“¹⁹*

Von den 50.000 €, die als stolzes Spendenziel angepeilt wurden, kamen bislang gerademal 50 € zusammen. Die schwäbische Hausfrau ist halt sparsam.²⁰

16 ebenda

17 <https://de-de.facebook.com/NetzwerkElla/>, 19.03.2020

18 vgl.: https://www.gofundme.com/f/notfonds-fur-frauen-in-der-prostitution?pc=fb_co_campaign&utm_source=facebook&utm_medium=social&utm_campaign=p_lico%2Bshare-sheet&fbclid=IwAR1RQlgtOrZWnMkp8-kujUfvuSaSasa2POsuf-jt31l0-ep8ievoyp9v_G4

19 Vgl.: (<https://www.leetchi.com/c/hilfsfond-fuer-armutsprostituierte>)

20 Anders die von einem grünen OB regierte Stadt Stuttgart, wo man in Zusammenhang mit Corona auf den Ausstieg von Prostituierten setzt. So berichtet EMMA, Nr. 3, Mai/Juni 2020, S. 78: „Dort hat der Gemeinderat gerade 60.000 Euro zusätzliches Überbrückungsgeld für Frauen beschlossen, die Körper und Seele nicht länger verkaufen wollen bzw. müssen.“ Das mag dann die finanzielle Schlappe der abolitionistischen Geldbeschaffungsaktionen etwas kompensieren.

Wenn es um Geld geht, will auch der Abolitionisten-Zirkel „Ella“ nicht abseits stehen. Kurzerhand aktivierte man am 18.03.2020 ein schon älteres Spendenkonto, wo man von angepeilten 1.000 € bislang 676 € einsammelte. Der erklärte Zweck:

*„Die Aktivistinnen des Netzwerk Ella sind **im In- und Ausland unterwegs**, um sich für eine Gesellschaft einzusetzen, in der Sexkauf geächtet wird und in der Prostituierte Unterstützung bekommen, **um aus dem System Prostitution aussteigen zu können.**“²¹*

Es geht also weniger um die von Corona-Verwerfungen betroffenen Sexarbeiter/innen, als um die Finanzierung der Reiseaktivitäten von Ella-Aktivistinnen im In- und Ausland!

Ella auf Bordell-Stippvisite in Frankfurt

Auch am 19. April 2020 war das Netzwerk „Ella“ unterwegs und inszenierte seinerzeit eine „Mahnwache“ vor einigen Bordellen im menschenleeren Frankfurter Bahnhofsviertel, um angeblich auf die „*schwierige Lage von Prostituierten*“ dort aufmerksam zu machen. Das eigentliche Anliegen jedoch findet sich auf der Facebook-Seite dieser Organisation: „*Noch nie haben wir in Deutschland dringender das **Nordische Modell** gebraucht. Noch nie waren **staatliche Ausstiegshilfen** notwendiger.*“

Die Abolitionisten-Aktion in Frankfurt fand ihre Fortsetzung: Man schnürte Care-Pakete für einige in den Bordellen darbanden Frauen:

*„Nachdem wir am Samstag im Frankfurter Bahnhofsviertel eine Mahnwache hielten, um Unterstützung für die Frauen zu fordern, die wegen dem Corona-Prostitutionsverbot in einer prekären Lage sind, hatte ich eine Diskussion mit einer der Bordellbetreiberinnen dort. Über die Inhalte muss ich hier sicher nicht sprechen, weil das nichts bringen würde, **jedoch schlug sie mir vor, praktische Hilfe zu leisten, indem ich den Frauen, die aktuell kein Geld haben, Lebensmittel vorbeibringe.** Das halten wir Frauen vom Netzwerk Ella für eine gute Idee...“²²*

Kurze Zeit später hieß es:

*„Wir waren in der Lage, Lebensmittel (Grundnahrungsmittel, Obst und ganz viel Süßes) an drei Häuser abzugeben und haben vor, das nächste Woche zu wiederholen. Für die Frauen die Situation prekär und die einzigen, von denen sie aktuell Unterstützung erhalten, sind die Betreiber. Dass dies aber zu weiteren **Abhängigkeiten** führt, kann man sich denken. **Wir sind nur in einem Haus auf Frauen gestoßen und man merkte, dass es ihnen nicht gut ging. Sie verstanden nicht, was wir wollten, wirkten irritiert und verunsichert, aber freuten sich letztendlich doch, als sie merkten, dass wir sie unterstützen wollten. Besonders getroffen hat mich, dass eine von ihnen ein blaues Auge hatte. Deshalb finden wir es weiterhin unmöglich, dass der Staat hier nicht eingreift und stellen noch einmal die Forderung nach staatlichen Ausstiegshilfen.**“²³*

21 https://www.betterplace.org/de/projects/70846-unterstuetzung-fuer-netzwerk-ella?fbclid=IwAR0y1k3tpDxRa_H7KvX1VoHckzxGQPX-UGSjLK0HIJzk0xD1oeyVtZh1-gs

22 <https://de-de.facebook.com/NetzwerkElla/>, 23.04.2020

23 <https://de-de.facebook.com/NetzwerkElla/>, 28.04.2020

An dem hier zitierten Beispiel einer praktischen Aktivität von Ella lässt sich verdeutlichen, wie mit Halbwahrheiten und Suggestion gearbeitet wird, um das abolitionistische Weltbild als legitim erscheinen zu lassen. Misslich ist: Außenstehende können die Ella-Informationen nicht selbst überprüfen, deshalb hat Doña Carmen vor Ort recherchiert.

Besagtes Bordell im Frankfurt Bahnhofsviertel wird seit der Konzessionierung regelmäßig von Mitarbeiterinnen einer evangelischen Frankfurter Beratungsstelle aufgesucht und inspiziert. Der junge Wirtschaftler, mit dem die Ella-Frauen sprachen, hielt sie für Mitarbeiter/innen dieser Frankfurter Beratungsstelle. So verschaffte man sich Einlass. Hätte man klar zu verstehen gegeben, dass man Prostitution für eine „*menschenverachtende Maschinerie*“ hält, wäre man sicherlich nicht so ohne weiteres eingelassen worden. Ella berichtet, dass die Betreiber die einzigen seien, von denen die Frauen Unterstützung erhalten, was aber umgehend relativiert wird, da dies – „wie man sich denken kann“ – zu „**Abhängigkeiten**“ führe.

Natürlich stellte Ella trotz offenbar sprachlicher Verständigungsprobleme umgehend fest, dass es den Frauen dort „**nicht gut ging. Sie verstanden nicht, was wir wollten, wirkten irritiert und verunsichert...**“. Gleichwohl freuten sich die Frauen wohl über die Unterstützung in Form mitgebrachter Lebensmittel („Grundnahrungsmittel, Obst und ganz viel Süßes“). Dass die Abolitionisten die strafrechtliche Verfolgung ihrer Kunden auch als eine „Unterstützung“ von Sexarbeiter/innen betrachten, wird man den im Bordell angetroffenen Frauen sicherlich nicht auf die Nase gebunden haben.

Was der Abolitionisten-Bericht unerwähnt ließ, ist die Tatsache, dass die Frauen in dem Haus kostenlos wohnen können und ihnen die hauseigene Kantine zur Verfügung steht, wo es zu Essen gibt. Darüber hinaus sind die Frauen dort mit Unterstützung der Betreiber im ALG-II-Bezug. Auch das wird nicht berichtet. Was die Abolitionisten allerdings „**besonders getroffen hat**“ und was sie für mitteilungsbedürftig hielten, war die Tatsache, „**dass eine von ihnen ein blaues Auge hatte**“.

Was macht man als Organisation, die vorgibt, Frauen in der Prostitution unterstützen zu wollen, wenn man auf eine Frau mit blauem Auge trifft? Man fragt die betreffende Frau, woher sie das hat und ob man gegebenenfalls helfen kann. Doch davon ist im Ella-Bericht bezeichnenderweise auch nichts zu lesen. Offenbar hat man nicht nachgefragt.

Hätte man nachgefragt, so hätte man erfahren können, dass ihr Lebenspartner sie geschlagen hat, dass sie ihm deshalb aus dem Weg gehen wollte und zu ihren Kolleginnen ins Bordell ging, weil sie dort vor ihrem Mann in Sicherheit war. Denn die Männer der in den Häusern tätigen Frauen haben dort grundsätzlich keinen Zutritt. All das erfährt man im Ella-Bericht selbstredend nicht.

Stattdessen richtet man eine Botschaft an die eigene Fangemeinde: „**Deshalb finden wir es weiterhin unmöglich, dass der Staat hier nicht eingreift und stellen noch einmal die Forderung nach staatlichen Ausstiegshilfen.**“ Kommentar: Voll daneben!

Der ganze Bericht ist erbärmlich, zeigt er doch beispielhaft, wie Abolitionisten mit gezielten Auslassungen, Halbwahrheiten und suggestiven Bemerkungen einen Sachverhalt solange zurechtbiegen, bis er dem eigenen Weltbild entspricht.

Die Hartz-IV-Lüge der Abolitionisten

Nicht nur auf Halbwahrheiten, sondern auf schlichter Unwahrheit basiert das Einrichten so genannter „Nothilfefonds“ für Sexarbeiter/innen, wenn in diesem Zusammenhang behauptet wird, Sexarbeiter/innen hätten keinen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung nach ALG II. Diese gezielte Desinformation aber findet sich durchgängig bei allen Abolitionisten.

So erklärte Frau Mau, nach eigenen Angaben immerhin promovierende Juristin (!), die Armutsprostituierten aus Südosteuropa hätten **„oft nicht mal Anspruch auf Hartz IV“**²⁴. In der gemeinsamen Erklärung von Ella, Sisters und Neustart e.V. wird die Öffentlichkeit nach Strich und Faden belogen, wenn es über Sexarbeiter/innen aus den EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien, Ungarn und Rumänien heißt: **„Sie haben keinen Anspruch auf Hartz-IV oder andere Hilfen.“**²⁵ In der zweiten Version dieses Aufrufs vom 19.03.2020 ließ man diese Lüge bezeichnenderweise unter den Tisch fallen. Auch Terre des Femmes beteiligt sich an der Desinformations-Kampagne, wenn deren Geschäftsführerin in einem gemeinsamen Abolitionisten-Aufruf mit den Worten zitiert wird: **„Die meisten werden nicht von dem deutschen Sozialsystem aufgefangen...“**²⁶ Wenn es um Desinformation geht, darf Sisters e.V. natürlich nicht fehlen. Zur Begründung ihres Spendenaufrufs zugunsten von „Armutsproustituierten“ heißt es wahrheitswidrig, sie hätten **„keinen Anspruch auf Hartz IV“**.²⁷

All diese Aussagen sind unwahr und führen die Betroffenen im Zweifel hinters Licht. Rechtlich gilt vielmehr:

„Grundsätzlich haben alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger – sofern sie die allgemeinen Voraussetzungen wie Hilfebedürftigkeit, gewöhnlicher Aufenthalt, Erwerbsfähigkeit usw. erfüllen – einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II.“²⁸

Die Logik hinter der Desinformation der Abolitionisten liegt auf der Hand: Wenn man die Betroffenen ordentlich belügt, stellen sie keine maßlosen Forderungen an den Staat. Es handelt sich dabei jedoch nicht so sehr um einen Beitrag zur Kostendämpfung, sondern um einen Beitrag zur aktiven Entsolidarisierung der Gesellschaft gegenüber den Sexarbeiter/innen. Man betreibt Ausgrenzung, indem man Sexarbeiter/innen angeblich auf die speziell auf sie zugeschnittenen gesonderten Nothilfefonds verweist, wo sie von den Abolitionisten mit einem „Handgeld“ abgespeist werden sollen. Das ist praktizierter Rassismus unter dem Deckmantel angeblich uneigennütziger Hilfe in Not.

Die ganzen Abolitionisten-Aktivitäten dürften früher oder später versanden. Dabei geht es nicht um das Wohl der von Corona-Bordellschließungen betroffenen Sexarbeiter/innen, denen man durch Desinformation bezüglich „Armutsproustitution“ und „Obdachlosigkeit“ ohnehin schon nach Kräften geschadet hat. Es geht vor allem auch darum, die Abolitionisten-Organisationen auf Kosten der Betroffenen in ein gutes Licht zu rücken.

Dass der dahinter steckende Rassismus öffentlich thematisiert wird, darf man mit Blick auf die gegenwärtige Medienlandschaft freilich nicht erwarten.

24 Corona und Prostitution, 13.03.2020, <https://huschkemau.de/>

25 <https://de-de.facebook.com/NetzwerkElla/>, 15.03.2020

26 Vgl. <https://de-de.facebook.com/NetzwerkElla/>, 19.03.2020

27 Vgl.: <https://www.leetchi.com/c/hilfsfond-fuer-armutsprostituierte>

28 Vgl. Harald Thome, Leitfaden ALG II / Sozialhilfe, Ausgabe 2019/2020, S. 95

Fazit

- (1)** Mit „Nothilfefonds“ können abolitionistische Organisationen den Sexarbeiter/innen keine nennenswerte Hilfe zukommen lassen.
- (2)** Die Einrichtung von „Nothilfefonds“ für Sexarbeiter/innen sind Mittel zum Zweck. Sie werden instrumentalisiert, um die realitätsferne Ideologie der „Zwangs- und Armutsprostitution“ unters Volk zu bringen.
- (3)** Nothilfefonds für Sexarbeiter/innen werden stets an die Ausstiegsoption gekoppelt und daher instrumentalisiert, um Sexarbeiter/innen zu dem von den Abolitionisten ersehnten Ausstieg aus der Prostitution anzuhalten.
- (4)** Desinformation: Mit Falschbehauptungen werden Sexarbeiter/innen davon abgehalten, angesichts von Einkommenseinbrüchen Grundsicherung nach ALG II zu beantragen.
- (5)** Das Verweisen auf private Spendentöpfe bei gleichzeitig betriebenem Ausschluss von ALG-II-Leistungen ist ein aktiver Beitrag zur gesellschaftlichen Entsolidarisierung gegenüber Sexarbeiter/innen
- (6)** Wer seine Aktivitäten gegen Prostitution richtet, richtet sie immer auch gegen Prostituierte. Die gegenteilige Behauptung, dazwischen ließe sich differenzieren, erweist sich als Scharlatanerie.